

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 01

08.01.2016

INHALT

ZUR LAGE 2

ZUR WOCHE 3

STABWECHSEL BEI INNENMINISTERKONFERENZ 3

KLÖCKNER-UNWAHRHEITEN IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK 4

KOALITIONSFRAKTIONEN FORDERN MEHR SCHUTZ GEGEN FLUGLÄRM 4

ERSTE ZWISCHENBILANZ ZEIGT: SCHUB FÜR DIE NATIONALPARK-REGION 5

ZAHLEN UND FAKTEN 6

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Beginn des Jahres ist überlagert von den erschreckenden Vorfällen in Köln und anderen Großstädten und den aktuellen Diskussionen darüber. Für uns muss klar sein: Die Sicherheitskräfte müssen konsequent vorgehen, die politischen Debatten offen und transparent geführt werden. Straftaten müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gewalttätern muss unmissverständlich vor Augen geführt werden, dass sie mit keinerlei Toleranz rechnen können. Es geht um den Schutz unserer Rechte, Werte und Normen. Perfide ist es allerdings, wenn die Vorfälle genutzt werden, um pauschal Ressentiments gegen Flüchtlinge zu schüren. Viele Menschen fliehen nach Deutschland und Europa, weil hier Freiheit, Offenheit und Sicherheit gewährleistet werden.

In der Debatte um die schrecklichen Kölner Straftaten äußert sich die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner unehrlich und verschweigt die eigenen Handlungen. Auf der einen Seite fordert sie mehr Präventionsmittel für den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Wörtlich sagte sie der Zeitung „Die Welt“: *„Es hilft nichts, solch erschreckende Übergriffe zu beklagen, aber nicht die Ressourcen für Prävention und Verfolgung bereitzustellen.“* Auf der anderen Seite stimmte sie vor Weihnachten im rheinland-pfälzischen Landtag gegen die Erhöhung der Präventionsmittel für den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frau Klöckner in Sonntagsreden das eine fordert, aber dann ganz anderes handelt. Ein solches Verhalten ist genau das Gegenteil von jener verlässlichen Politik, wie sie Deutschland und Rheinland-Pfalz in den derzeit politisch herausfordernden Zeiten brauchen.

Vor uns liegt das Wahljahr 2016. Alle Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz können dann mit ihrer Stimme Einfluss auf die Politik des Landes nehmen. Genau um die Sicherung verlässlicher Politik für Rheinland-Pfalz geht es dabei. Ich wünsche Euch und Euren Familien auch in diesem Sinne ein gutes und gesundes neues Jahr.

Mit dem neuen Jahr hat auch SPD-Fraktion direkt seinen ersten Geburtstag. Wir hoffen, diese wöchentliche Zusammenstellung der zentralen politischen Botschaften der SPD-Fraktion ist für Euch für Eure Parlaments- und Wahlkreisarbeit hilfreich. Wir freuen uns auf Hinweise, Kritik und Lob.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Stabwechsel bei Innenministerkonferenz

Das Jahr 2015 war sicherheitspolitisch besonders herausfordernd: In Paris sind schreckliche Anschläge verübt worden, die allgemeine Bedrohung durch Terrorakte nahm zu. Zudem sind Polizei- und Sicherheitsbehörden wegen der steigenden Flüchtlingszahlen zunehmend gefordert worden. In diesem Jahr 2015 hat **unser Innenminister Roger Lewentz** der Innenministerkonferenz vorgestanden. Als Vorsitzender hat er besonnen gewirkt und verschiedene Ansichten zusammengeführt. Während auch CDU-Innenminister die Arbeit von **unserem Innenminister Roger Lewentz** lobten und würdigten, ergeht sich die CDU-Fraktion in unserem Land in Kritik. Unser innenpolitischer Sprecher **Hans Jürgen Noss** dazu: „Rheinland-Pfalz hat auf die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen des letzten Jahres schnell und adäquat reagiert. In der Ägide **unseres Innenministers Roger Lewentz** wurde etwa in die Ausstattung und Schutzausrüstung der Polizei investiert, Islam- und IT-Spezialisten wurden eingestellt. Das CDU-Wahlkampf-Getöse ist völlig deplatziert und kleinkariert. Die SPD-Landtagsfraktion wünscht Klaus Boullion, der seit etwa einem Jahr saarländischer Innenminister ist, Erfolg als neuer Vorsitzender der Innenministerkonferenz.“

Auch für 2016 sieht der Landeshaushalt mehr Verwaltungspersonal für die Polizei vor. Diese Schritte führen dazu, dass ausgebildete Kommissare ‚den Rücken frei‘ bekommen und mehr Zeit für die eigentliche Polizeiarbeit zur Verfügung haben. Das Land verfügt derzeit über die historisch höchsten Ausbildungszahlen im Polizeibereich. Die Statistiken zeigen: Die Kriminalität geht zurück. Die Aufklärungsquoten liegen über die gesamte Amtszeit **unseres Innenministers Roger Lewentz** auf einem hohen Niveau.

Gute Voraussetzungen für Hochgeschwindigkeitsnetze

Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat die Ergebnisse einer 300 Mbit/s-Machbarkeitsstudie vorgestellt. Es wurden die Rahmenbedingungen für den flächendeckenden Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation (NGA) in Rheinland-Pfalz untersucht. Dazu erklärt unser medien- und netzpolitischer Sprecher **Martin Haller**: „Die Machbarkeitsstudie zeigt, dass ein Baustein für verantwortungsvolle Politik langfristige Strategien und Visionen sein müssen. In einer zunehmend digitalen Gesellschaft sind immer höhere Bandbreiten erforderlich. Neben dem mittelfristigen Ziel des flächendeckenden Ausbaus von 50 Mbit/s bis 2018 hat die Landesregierung deshalb eine 300 Mbit/s-Machbarkeitsstudie beauftragt – als erstes Bundesland überhaupt. Die Machbarkeitsstudie ist ein weiterer Schritt zur Gestaltung der digitalen Zukunft von Rheinland-Pfalz. Die SPD-Fraktion setzt darauf, den digitalen Wandel für die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz zu nutzen.“

Mit der Umsetzung der NGA-Strategie des Landes wird bereits heute die Grundlage für Hochgeschwindigkeitsnetze der Zukunft gelegt. Der mit der Durchführung der Machbarkeitsstudie beauftragte TÜV Rheinland hat aufgezeigt, dass das Potential für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen in Rheinland-Pfalz gut ist: Theoretisch können bereits 56,6 Prozent der Haushalte auf Bandbreiten von mehr als 100 Mbit/s zurückgreifen. Auf Basis der Machbarkeitsstudie müssen wir diese Infrastrukturen jetzt Schritt für Schritt mit langfristigen Ausbaustrategien und geeigneten Förderinstrumenten ausbauen. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden nun den Landkreisen zur Verfügung gestellt, die diese für ihre Ausbauplanungen nutzen können.

Klößner-Unwahrheiten in der Flüchtlingspolitik

Anlässlich der Behauptungen der CDU-Fraktionsvorsitzenden in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ erklärt **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**: „Frau Klößner versucht wiederholt die Darstellung zu verbreiten, die rheinland-pfälzische Landesregierung agiere in der Flüchtlingspolitik in Gegnerschaft zu den Kommunen und bestrafe sogar Städte und Gemeinden. Diese Darstellung ist in mehrfacher Hinsicht falsch. Sie ist unwahr, sogar abstrus: **Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hat Ende vergangenen Jahres mit den Kommunen eine kluge Übereinkunft zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung getroffen. Diese Regelung wurde gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, und diese begrüßen sie. Absurd ist Klößners Behauptung auch, da ja sogar die CDU-Landtagsfraktion Mitte Dezember bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs **unserer Finanzministerin Doris Ahnen** für 2016 dieser Übereinkunft zugestimmt hat. Offensichtlich setzt Frau Klößner solche Unwahrheiten in die Welt, weil sie vergangenes Jahr mit ihrer Blockade-Strategie gescheitert ist. Frau Klößner hat von Anfang an aus parteitaktischen Gründen versucht, die Gespräche zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden zu hintertreiben. Das ist ihr nachweislich nicht geglückt. Nun versucht sie weiterhin, halt im Nachhinein, Unfrieden zu stiften. Frau Klößner ist dabei völlig egal, was derzeit für Deutschland und Rheinland-Pfalz elementare politische Leitlinien sein müssen: pragmatische Lösungen anstreben und politische Äußerungen tätigen, die zusammenführen und nicht spalten.“

Koalitionsfraktionen fordern mehr Schutz gegen Fluglärm

Die Regierungsfractionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen Antrag zum Fluglärmschutz in den Landtag eingebracht. „An die Menschen denken statt Wachstum um jeden Preis: Fluglärm reduzieren, Gesundheit schützen“, ist der Titel des Antrags. Dazu erklärt **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**:

„Der stetige Ausbau des Frankfurter Flughafens führt vor allem auch in Rheinland-Pfalz zu wachsendem Fluglärm. Nicht hinnehmbar ist, dass das Luftverkehrsgesetz den Fluglärm-

*Schutz weitestgehend ausklammert. Rheinland-Pfalz sind bisher die Hände gebunden, es kann kein Einfluss auf die Flugroutenplanung genommen werden. Es ist daher genau richtig, dass die rot-grüne Landesregierung **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** eine Bundesratsinitiative zu dem Thema angestoßen hat. Wenn diese Erfolg hat, können die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Hoffnung schöpfen. Die Menschen verdienen Schutz und Ruhe."*

Erste Zwischenbilanz zeigt: Schub für die Nationalpark-Region

*„Die Natur bekommt Rückzugsräume, Touristen kommen und Millionen-Summen fließen in die Region: Die Schaffung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald hat der Region bereits jetzt, sieben Monate nach dem offiziellen Startschuss, Schwung gegeben. Von einer Aufbruchsstimmung in der Region ist die Rede“, stellt **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** anlässlich der Zwischenbilanz von **unserer Umweltministerin Ulrike Höfken** von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem saarländischen Umweltminister **Reinhold Jost** fest. „Beispielsweise profitieren Tourismus, Gastronomie und Handwerk. Allein das rheinland-pfälzische Umweltministerium hat in den letzten beiden Jahren 23 Millionen Euro Fördermittel in die Region gegeben. Bis 2020 sollen weitere 42 Millionen Euro fließen. Beeindruckend ist, dass die Nationalpark-Ranger fast 200 Touren durchgeführt haben. Für den Tourismus ist überdies gut, dass drei Nationalpark-Tore, am Erbeskopf, in Wildenburg bei Kempfeld und bei Otzenhausen, in den kommenden Jahren entstehen werden. Die heute vorgelegte, erste Zwischenbilanz zeigt: Die geplante Abwicklung des Nationalparks durch die CDU-Fraktion ist eine absurde Idee.*

Die Oppositionsfraktion nimmt ohne Schulterzucken in Kauf, dass die positiven Entwicklungen einer Region abrupt abgewürgt werden."

***Hans Jürgen Noss**, unser regionaler Abgeordneter, ergänzt: „Die rot-grüne Koalition mit **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** an der Spitze wird in den kommenden Monaten in den Bereichen Infrastruktur, Tourismus und Regionalentwicklung beispielhafte Projekte voranbringen. Derzeit werden in den Ministerien Maßnahmen und Projekte geprüft und gebündelt. Zentraler Motor für die dauerhafte Entwicklung ist der Nationalpark. Wie am Beispiel des Nationalparks Bayrischer Wald zu sehen ist, können sich strukturschwache Regionen über die Jahre positiv entwickeln, wenn in ihnen ein Nationalpark etabliert wird.“*



ZAHLEN UND FAKTEN

Happy Birthday, Mindestlohn! **– FAKTENCHECK ZUM EINJÄHRIGEN –**

Kritiker behaupten:

Der gesetzliche Mindestlohn nutzt nur wenigen Beschäftigten und ist ein „Jobkiller.“

Fakt ist:

- **3,7 Millionen arbeitende Menschen** profitieren von seiner Einführung.
- Wir haben die **niedrigste Arbeitslosenquote seit 24 Jahren**.
- Die Zahl der **Minijobs** ging **zurück**.
- Die Zahl der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten** hat **neue Rekorde** erreicht.
- **Rund 50.000 Menschen weniger** müssen ihren Lohn mit **Hartz IV-Leistungen** aufstocken.
- Geringverdiener freuen sich über einen **Lohnzuwachs von rund 5 Prozent**.
- Der Mindestlohn schadet der Wirtschaft nicht – Die **Konsumlaune war selten besser**.

(Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, ifo Geschäftsklimaindex)